

# Die Europapolitik der CDU im Hinblick auf Frankreich und den Mouvement Républicain Populaire (MRP) 1945-1966<sup>1</sup>

Von Reinhard Schreiner

## 1. Frankreich im Europakonzept Konrad Adenauers

Programmaussagen der CDU zu europapolitischen Fragen sind in den offiziellen Dokumenten der ersten Jahre nach Parteigründung relativ selten zu finden und lassen sich fast ausschließlich auf Konrad Adenauer zurückführen, zumal er als Kanzler und – bis 1955 – als Außenminister die Außenpolitik maßgeblich bestimmt hat<sup>1</sup>. Sein erklärtes Ziel war von Anfang an die politische Einigung Europas, in der er die Lösung für eine Reihe verschiedenartiger Probleme sah, die sich in drei Punkten zusammenfassen lassen: erstens die Lösung des westeuropäischen Sicherheitsproblems angesichts der sowjetischen Bedrohung, zweitens die Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen und drittens die Rückgewinnung von Einfluß und Souveränität für die Bundesrepublik. Europa allein hielt Adenauer jedoch für zu schwach, sich selbst zu verteidigen. Er baute auf die Schutzmacht USA, auch wenn diese sich damit einen entscheidenden politischen Einfluß in Westeuropa sicherte.

Die Einigung Europas war nach verbreiteter Ansicht Voraussetzung für die Rettung der christlich-abendländischen Kultur. In Frankreich allerdings nahm die Idee eines christlichen Europa als Bollwerk gegen Kommunismus und sowjetische Expansion schon aus geographischen Gründen einen weniger großen Stellenwert ein als in Deutschland. Darüber hinaus war bei der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP), die als französische Schwesterpartei der Christlich-Demokratischen Union in Deutschland angesehen werden kann (gegr. 1944 – aufgelöst 1967), eine Einigung auf eine

---

<sup>1</sup> Hans-Peter SCHWARZ, »Adenauer und Europa«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), pp. 471-523. Vgl. auch seine umfangreiche Biographie (*Adenauer. Der Aufstieg: 1876 – 1952*, Stuttgart 1986, pp. 850-879), deren zweiter Band (*Adenauer. Der Staatsmann: 1952 – 1967*) 1991 erschienen ist. – Die nachfolgenden Ausführungen geben unwesentlich verändert einen Vortrag wieder, den ich am 19. Januar 1990 in Paris im Rahmen eines von der Fondation National des Sciences Politiques veranstalteten Kolloquiums über »Le MRP et la Construction Européenne (1944-1966)« gehalten habe. Eine französische Fassung ist mittlerweile erschienen in: Serge BERSTEIN, Jean-Marie MAYEUR, Pierre MILZA (Hg.), *Le MRP et la construction européenne*, Brüssel 1993, pp. 273-290.

christliche Motivation schwierig, und zwar aus innenpolitischen Gründen, worauf noch einzugehen sein wird. Dennoch haben sich MRP-Politiker auf CDU-Parteitagern immer für die Erhaltung einer christlich-humanistischen Lebensauffassung ausgesprochen.<sup>2</sup>

Der Versuch der Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen war sowohl in Frankreich und im MRP als auch in Deutschland und in der CDU eng mit europapolitischen Zielen verknüpft. Allerdings trat der MRP erst seit 1948, nachdem er vier Jahre lang zuvor die Zergliederung der deutschen Staatlichkeit gefordert hatte, für die Integration Deutschlands in ein europäisches Bündnissystem ein, um damit eine bessere Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ausüben zu können und ein Wiedererstarken des Nationalismus und Militarismus zu verhindern.<sup>3</sup> Damit betrachtete der MRP die europäische Integration in erster Linie als Lösung des deutschen Problems. Robert Schuman<sup>4</sup>, der 1948 das Amt des Außenministers von seinem Parteifreund Georges Bidault übernahm, verkörperte im MRP die neue positive Politik einer deutsch-französischen Verständigung; er ging sogar darüber hinaus von einer »deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft«<sup>5</sup> aus. Im Unterschied zu Adenauer hielt Schuman aber ein deutsch-französisches »tête-à-tête« für verfrüht. Beide Staatsmänner waren sich darin einig, daß die Zeit der Nationalstaaten in Europa zu Ende sei und daß die europäischen Staaten aus eigener Kraft ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme nicht lösen konnten. Anders als Bidault, der einer Atlantischen Gemeinschaft gegenüber einer Europäischen den Vorzug gab, wurde Schuman von den meisten CDU-Politikern als überzeugter Europäer geschätzt<sup>6</sup>, sieht man von den Konfrontationen ab, die sich in der Saarfrage – hier gab es allerdings auch in der CDU unterschiedliche Standpunkte – ergaben.

2 In diesem Sinne äußerte sich Marc Scherer in seinem Grußwort auf dem zweiten CDU-Bundesparteitag (*Zweiter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Karlsruhe, 18.-21. Oktober 1951, pp. 85-87).

3 Reinhard SCHREINER, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944-1948*, Frankfurt/M. 1985.

4 Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman, homme d'Etat 1886-1963*, Paris 1986.

5 Vgl. den gleichnamigen Artikel von François de MENTION (MRP) in *Informations-schrift der Deutschen Pressestelle der Europäischen Bewegung* vom 16.7.1952.

6 Zur Unterschiedlichkeit der europapolitischen Konzeptionen bei Bidault und Schuman vgl. POIDEVIN (*Schuman*, zit. Anm. 4), pp. 198-242. – Adenauer äußerte sich auf den Sitzungen des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone vom 10.7. und 3.8.1948 positiv über den Außenministerwechsel von Bidault auf Schuman, zit. bei Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, pp. 521, 539. – Konrad Kraske, Stellvertretender CDU-Bundesgeschäftsführer, schrieb in seinem Bericht über seine Teilnahme am MRP-Parteitag in Paris im Mai 1953: Von europäischer Überzeugung sei bei Bidault nichts zu spüren; er wolle sich nicht auf Europa festlegen, bis sich endgültig erwiesen habe, ob es für Frankreich nicht womöglich einen anderen und viel nützlicheren Weg als den der europäischen Einigung gebe (ACDP VII-004-215/1).

Adenauer bemühte sich in seinen Reden oft darum, die noch bestehenden Ängste und das Mißtrauen der Franzosen Deutschland gegenüber verständlich zu machen<sup>7</sup> und fand in seiner Partei auch Unterstützung.<sup>8</sup> Für ihn selbst stellte die europäische Einigung auch ein Mittel dar, veraltete preußische Traditionen zu beseitigen und Ängsten vor einer Rückkehr des Nationalsozialismus entgegenzuwirken. Die Angst vor einer französisch-sowjetischen Annäherung, basierend auf dem Freundschaftsvertrag vom Dezember 1944, spielte bei Adenauer eine nicht unbedeutende Rolle<sup>9</sup>, während man in Frankreich befürchtete, Deutschland könne sich dem Osten anschließen, um seine Wiedervereinigung zu erreichen.<sup>10</sup> Für den CDU-Vorsitzenden stand die deutsche Wiedervereinigungspolitik nicht, wie er es den Kritikern in seiner Partei (u.a. Jakob Kaiser) immer wieder klarzumachen versuchte, im Widerspruch zur Westbindung.

Für Adenauer wie für Schuman galt die Bereinigung der deutschfranzösischen Beziehungen als Vorbedingung für die europäische Integration. Die von Frankreich gewünschte Kontrolle wollte Adenauer durch Partnerschaft ersetzen und im Endeffekt die Souveränität und Gleichberechtigung der Bundesrepublik in der europäischen Gemeinschaft durch Vertrauensgewinn erreichen. Damit sollte verhindert werden, daß sich die Siegermächte auf dem Rücken Deutschlands einigten. Das Problem einer Beschneidung der staatlichen Souveränität im vereinigten Europa stellte sich während dieser Zeit in Deutschland, anders als in Frankreich, nicht.

Ein klares Integrationskonzept hat es im MRP und in der CDU in den ersten Nachkriegsjahren aber nicht gegeben. Adenauer verwandte gelegentlich die Formel »Vereinigte Staaten von Europa« und spielte mit dem Gedanken einer wirtschaftlichen Verflechtung der westeuropäischen Länder.<sup>11</sup> Er hielt zwar in seiner Europapolitik an Grundsätzen, wenn er sie einmal gefaßt hatte (z.B. an der Bejahung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) fest, war aber auch jederzeit bereit, diese Politik der außenpolitischen

---

7 Vgl. die Rede Adenauers auf dem ersten Parteitag der CDU der britischen Zone in PÜTZ (*Konrad Adenauer*, zit. Anm. 6), p. 350.

8 Vgl. Eugen Gerstenmaier (»Wir müssen uns geschlossen hinter den Bundeskanzler stellen und das Gestrüpp des Mißtrauens mit Frankreich auseinanderbiegen«) und Paul Bausch (»Wenn uns die Franzosen nicht verstehen, müssen wir versuchen, sie zu verstehen«) in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 15.11.1949 (ACDP VIII-001-006/2).

9 Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 10.3.1956, in Günter BUCHSTAB (Bearb.), *»Wir haben wirklich etwas geschaffen«*, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957*, Düsseldorf 1990, p. 859.

10 So Marc Scherer (*Zweiter Parteitag*, zit. Anm. 2), p. 86.

11 Vgl. den Brief Adenauers vom 31.10.1945 an den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz in Hans Peter MENSING (Bearb.), *Konrad Adenauer, Briefe, Band 1: 1945-1947*, Berlin 1983, p. 130.

Situation anzupassen. Dieser »flexible« oder »dynamische Pragmatismus«<sup>12</sup> erklärt beispielsweise, warum Adenauer nach dem Scheitern der EVG nicht resignierte, sondern sich sofort neuen Ansätzen zuwandte.

## 2. Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen CDU und MRP

Eine enge politische Zusammenarbeit zwischen MRP und CDU hat es, dies belegen jedenfalls die Quellen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, nicht gegeben. Diese Tatsache verwundert umso mehr, als beide Parteien in ihren Ländern die europäische Integration vorbehaltlos unterstützten. Außerdem trafen sich schon früh, von 1947 bis 1956, Vertreter des MRP und der CDU mit anderen westeuropäischen christlichen Demokraten zu Informationsgesprächen im Rahmen des sogenannten Genfer Kreises<sup>13</sup> und arbeiteten von 1947 bis 1965 in den *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI), dem ersten europäischen Zusammenschluß christlich-demokratischer Parteien und Politiker nach dem Kriege, zusammen. Daneben gab es Kontakte von Mitgliedern beider Parteien im Rahmen der nationalen Parteitage, auf denen offizielle Grußworte eingeladener Vertreter ausgetauscht wurden, sowie eine Anzahl privater Treffen, deren Ergebnisse aber in den deutschen Quellen so gut wie keinen Niederschlag fanden.

Die Gespräche in Genf galten als vertraulich und wurden mit der Auflage geführt, daß nichts darüber publiziert werden dürfte. Adenauer störte die Unverbindlichkeit dieser Zusammenkünfte; auf seine Frage in der Sitzung vom 10. Juni 1949<sup>14</sup>, ob es für den MRP von Nachteil sei, wenn er sich der CDU öffentlich näherte, antwortete Bidault zwar mit einem Nein, die MRP-Vertreter verhielten sich aber ausgesprochen reserviert, wenn ihre deutschen Gesprächspartner das Thema einer offiziellen Zusammenarbeit anschnitten. Der Vorschlag von Albert Gortais in der gleichen Sitzung, gegenseitig Vertreter zu den nationalen Parteitagen einzuladen, wurde von der deutschen Seite dankbar aufgenommen. In dieser frühen Zeit, aber auch noch bis weit in die fünfziger Jahre hinein, waren die Ängste in der französischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland noch zu stark. Gerade diese Ängste wollte Staatssekretär Otto Lenz mit seinem Vorschlag, Redner in beiden Ländern auszutauschen oder Begegnungen von Politikern zu organisieren,

12 Werner WEIDENFELD in T. JANSEN/ D. MAHNKE (Hg.), *Persönlichkeiten der Europäischen Integration* (Europäische Politik 56), Bonn 1981, p. 322.

13 Bruno DÖRPINGHAUS, »Die Genfer Sitzungen. Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa«, in: D. BLUMENWITZ/K. GOTTO/H. MAIER/K. REPGEN/H.-P. SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Band 1, Stuttgart 1976, pp. 538-565.

14 Protokoll dieser und der weiter unten im Text folgenden Sitzung vom 24.3.1952 in Nachlaß Dörpinghaus, ACDP 1009-017.

abbauen helfen (Sitzung vom 24.3.1952). Dies hätte aber nach Meinung der MRP-Seite in Frankreich zu einem gegenteiligen Effekt geführt. Zur Genfer Begegnung vom 3. November 1952 schrieb Lenz in sein Tagebuch: »Wir machten den Vorschlag, wenigstens eine engere Form der Zusammenarbeit zu finden, damit die schlimmsten gegenseitigen Mißverständnisse möglichst rasch ausgeräumt werden können. Selbst dazu bestand auf französischer Seite wenig Neigung.«<sup>15</sup>

Ebenfalls kein Verständnis hatte die CDU für die Weigerung der Volksrepublikaner, sich direkt in den NEI zu engagieren. Obwohl Robert Bichet (MRP) 1947 Mitgründer und erster Präsident dieser Organisation war, trat der MRP erst 1964 als offizielles Mitglied bei. Die Ursachen hierfür waren nur aus den innerfranzösischen Verhältnissen her zu verstehen: Der MRP vermied es, in Frankreich als christliche Partei aufzutreten, weil er wegen zahlreicher innenpolitischer Schwierigkeiten konstant mit Parteien (Sozialisten, Radikalen) zusammenarbeiten mußte, die eine antiklerikale Tradition besaßen. Die Volksrepublikaner hatten lange gehofft, im Zuge dieser Zusammenarbeit zu einer großen Arbeiterpartei in Frankreich zu werden. Ihre christliche Inspiration wollten sie dennoch nicht verleugnen, was die rege Mitarbeit vieler MRP-Mitglieder in den NEI, als Einzelpersonen und nicht als Partei, erklärt.<sup>16</sup> Die CDU kannte diese Schwierigkeiten nicht. Ihr Bekenntnis zu den christlichen Grundwerten nach den Erfahrungen der Terrorherrschaft in Deutschland hatte wesentlich zu ihrem Erfolg beigetragen. Als maßgeblich regierungsverantwortliche Partei war ihre Situation eine ganz andere als die ihrer französischen Schwesterpartei. Ihre Haltung gegenüber den oppositionellen Sozialdemokraten war nicht von Zugeständnissen, sondern durch eine offene politische Auseinandersetzung geprägt.

Es muß immer wieder betont werden, daß das unterschiedliche Stärkeverhältnis von MRP und CDU unterschiedliche Voraussetzungen für die Durchsetzung der jeweiligen politischen Zielsetzungen bedeutete. Die Volksrepublikaner waren im Vergleich zur CDU eine relativ schwache und immer schwächer werdende Partei in einer von Krisen geschüttelten Vierten Republik. Die CDU als stärkste Partei in Deutschland mit Adenauer als dominierender Persönlichkeit an der Spitze bestimmte als Regierungspartei die deutsche Außenpolitik. Den deutschen Christdemokraten fiel es schwer zu verstehen, warum der Erfolg, der im eigenen Land errungen worden war, sich nicht auf die europäische Ebene in der Form einer internationalen

---

15 K. GOTTO/H.-O. KLEINMANN/R. SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, Düsseldorf 1989, p. 454.

16 Erling BJL, *La France devant l'Europe. La politique européenne de la IV<sup>e</sup> République*, Kopenhagen 1966, p. 367.

Zusammenarbeit übertragen ließ. Auch Hinweise Adenauers, daß es in Frankreich keine christliche Partei wie die CDU gebe, wurden von den führenden Mitgliedern der Partei und schon gar nicht von der Parteibasis verstanden oder wollten nicht verstanden werden. In Frankreich wie in Deutschland herrschte ein großes Defizit an Kenntnissen über die innenpolitischen Situationen des jeweiligen Nachbarlandes.

In der CDU gab es schon 1951 Überlegungen, den lockeren Verband der NEI durch eine Christliche Internationale zu ersetzen, die effektiver arbeiten sollte, obwohl man wissen mußte, daß sowohl der MRP als auch die belgischen Christdemokraten, die auch nicht als Partei den NEI angehörten, dagegen sein würden.<sup>17</sup> Den gleichen Vorschlag griff die Democrazia Cristiana Italiens Anfang 1959 auf, wobei die Deutschen zu diesem Zeitpunkt gegen eine Christliche Internationale stimmten, weil dadurch ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit mit Großbritannien, Österreich, der Schweiz und den skandinavischen Ländern erschwert worden wäre.<sup>18</sup> Deutsche Vertreter beteiligten sich zwar an der Arbeit der NEI, empfahlen aber schon 1952 ihrer Parteiführung, die Beteiligung in dieser Organisation einzuschränken. Für Georg Strickrodt, einen der aktivsten Mitarbeiter, waren »die NEI lediglich die persönliche Angelegenheit eines Ministers (Robert Bichet), der kein Amt mehr habe«<sup>19</sup>; es gebe darin »keine wesentlichen Gesprächsmöglichkeiten, vor allem nicht nach Paris hin.«<sup>20</sup> Man war der Meinung, daß die NEI, wenn es um Gespräche über die westeuropäische Einigung ging, wegen der Anwesenheit der osteuropäischen Exil-Vertreter noch weniger leisten könnten als der Genfer Kreis.

Auch die wenigen Kontakte, die zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und dem MRP-Generalsekretariat geknüpft wurden, so in einem Briefwechsel zwischen Kraske und Mallet im November 1953, führten lediglich zur Bereitschaft, zukünftig gedruckte Parteiinformationen auszutauschen.<sup>21</sup> In diesem Zusammenhang kam es auch Ende 1953 und Anfang 1954 zu gegenseitigen Besuchen deutscher und französischer Journalisten. Die Bitte von Bundesgeschäftsführer Bruno Heck an Generalsekretär André Colin vom 17. Mai 1954, »die Voraussetzungen einer konkreten Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien zu klären und deren organisatorischen Rahmen

17 Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 3.7.1951, in Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950-1953, Stuttgart 1986, pp. 49, 70. – Adenauer an Graf von Spreti vom 10.8.1951, in Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nr. 11,04 S.

18 Vermerk Kraske vom 27.1.1959 (ACDP VII-004-210/2).

19 Strickrodt in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 3.7.1951 (zit. Anm. 17), p. 127.

20 Strickrodt an Kraske vom 22.11.1954 (ACDP VII-004-207/1).

21 ACDP VII-004-215/1.

für die Zukunft abzustecken«, blieb, wie aus den Akten der CDU-Bundesgeschäftsstelle hervorgeht, unbeantwortet.<sup>22</sup>

### 3. Diskussion um die EVG

Der Vorschlag Robert Schumans von 1950 zur Bildung der Montanunion kam für den MRP überraschend. Er bot für Frankreich die Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft zu überwachen und an ihr zu partizipieren; entscheidend aber war, daß damit die europäische Zusammenarbeit in Gang gesetzt wurde. Deshalb war das Echo in der CDU überwiegend positiv.<sup>23</sup> Erst nach Bekanntgabe des Plevenplans, der – nicht nur für Adenauer – auf den ersten Blick als ein Streben Frankreichs nach militärischer Vorherrschaft gedeutet werden konnte, wurde auch der Schumanplan bei den deutschen Christdemokraten zum Teil kritisiert.<sup>24</sup> Der MRP war nach außen hin die einzige Partei Frankreichs, die die EVG vorbehaltlos unterstützte, wobei das sicherheitspolitische Moment (Kontrolle über das deutsche Militär; Verhinderung, daß die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde) gegenüber europapolitischen Erwägungen den Vorrang besaß. Kritische Stimmen gab es dennoch in der Partei, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands grundsätzlich vermeiden wollten und mit einem Verzicht auf die französische Nationalarmee und damit auf Souveränitätsrechte nicht einverstanden waren.<sup>25</sup> Abgelehnt wurde der EVG-Vertrag auch, weil man argwöhnte, er könne der Bundesrepublik ein Übergewicht in der europäischen Gemeinschaft verschaffen.<sup>26</sup>

CDU-Politiker kritisierten die EVG umgekehrt als Instrument französischer Hegemonial- und Sicherheitspolitik und die vorgesehene Diskriminierung des deutschen Kontingents. Adenauer, nach dessen Meinung Frankreich auf eine Neutralisierung Deutschlands aus war<sup>27</sup>, neigte bis 1951 der NATO-Lösung zu und akzeptierte dann auf Druck der USA hin das EVG-Projekt, an dem er bis zum Schluß festhielt. Für ihn bot der Plevenplan die Möglichkeit, der Verwirklichung der westdeutschen Souveränität ein Stück näher zu kommen. Die militärische Sicherheit aber sah der Kanzler nicht durch die EVG, sondern durch die NATO garantiert.<sup>28</sup> Den EVG-Kritikern

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Vgl. Adenauer in *Erster Parteitag der CDU 1950* (Brosch.), pp. 11-20.

<sup>24</sup> Vgl. die Kritik Adenauers gegenüber dem amerikanischen Hochkommissar John Jay McCloy in *Tagebuch Lenz* vom 2.3.1951 (zit. Anm. 15), p. 51.

<sup>25</sup> Vgl. die Berichte von Sprei und Kraske über ihre Teilnahmen an den MRP-Parteitag von 1952 bzw. 1953 (ACDP VII004-205/1 bzw. 215/1).

<sup>26</sup> So Léo Hamon (Bericht Kraske, ACDP VII-004-215/1).

<sup>27</sup> *Tagebuch Lenz* vom 19.1.1951 (zit. Anm. 15), p. 13.

<sup>28</sup> Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949-1979*, Berlin 1980, p. 115. – SCHWARZ (»Adenauer und Europa«, zit. Anm. 1).

in der Parteispitze (Kaiser, Gradl, Blumenfeld) machte er deutlich, daß ein Scheitern der EVG und damit der Europäischen Integration den Rückzug der Amerikaner aus Europa bedeuten könnte.<sup>29</sup>

Gilbert Ziebura hat die These aufgestellt, daß die deutschen und französischen Beweggründe für die Verwirklichung der EVG primär nicht auf eine gemeinsame europäische Zusammenarbeit gezielt hätten, sondern diametral entgegengesetzt gewesen seien: Frankreich habe damit die Verselbstständigung der westdeutschen militärischen und politischen Macht verhindern, die Bundesrepublik dagegen die EVG als Mittel zum politischen Wiederaufstieg nutzen wollen.<sup>30</sup> Diese These unterschlägt aber, daß sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite das Gesamtziel der europäischen Einigung stets präsent war.

#### 4. Krise und »*relance européenne*«: Vom Scheitern der EVG bis zur Gründung der EWG

Bis 1954 erweckten MRP-Politiker in ihren Kontakten mit der CDU den Eindruck, eine Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung sei noch möglich.<sup>31</sup> Die Hauptberater Adenauers in dieser Angelegenheit, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein und der Bundespresseschef Felix von Eckardt, verunsicherten den Bundeskanzler durch ihre unterschiedlichen Beurteilungen. Hallstein, der seine Informationen aus Kreisen europafreundlicher Politiker in Frankreich bezog, war von der Erfolgsaussicht, von Eckardt dagegen von der Aussichtslosigkeit der EVG-Ratifizierung in Frankreich überzeugt.<sup>32</sup> Es ist nicht sicher, ob die Enttäuschung Adenauers über das Scheitern des Projekts wirklich so groß gewesen ist, wie er es in seinen Memoiren darstellt<sup>33</sup>. Schon seit Jahren hatte er sich auf diesen Augenblick vorbereitet, um der Bundesrepublik den Beitritt zur NATO zu ermöglichen<sup>34</sup>, und so im Frühjahr 1954 dem

p. 485. – Paul NOACK, *Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954*, Düsseldorf 1977, p. 241.

<sup>29</sup> Adenauer im CDU-Parteiausschuß vom 9.11.1951; siehe Werner WEIDENFELD in: H.-E. VOLKMANN/W. SCHWENGLER (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, Boppard 1985, p. 260.

<sup>30</sup> Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart 1970, p. 73.

<sup>31</sup> So Alfred Coste-Floret in Tagebuch Lenz vom 17.5.1954 (Nachlaß Lenz, ACDP I-172).

<sup>32</sup> WEIDENFELD (zit. Anm. 29), p. 265.

<sup>33</sup> Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1953-1955*, Stuttgart 1980, p. 298.

<sup>34</sup> Schon 1951 hatte Adenauer in einer Besprechung im Bundeskanzleramt erklärt, daß er sofort bereit sei, im Falle des Scheiterns der EVG dem Atlantikpakt beizutreten (*Tagebuch Lenz* vom 9.12.1951, zit. Anm. 15, p. 193). – Nach dem Scheitern des Projekts erklärte er in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.10.1954, ein »Brüsseler Pakt plus NATO« sei »viel

Auswärtigen Amt den Auftrag erteilt, Ersatzlösungen für eine gescheiterte EVG zu erarbeiten.<sup>35</sup>

MRP-Mitglieder hatten davor gewarnt, innerparteiliche Diskussionen in der CDU über eine Alternative zur EVG an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, um die Ratifizierung in Frankreich nicht zu gefährden, obwohl man auch im MRP über Möglichkeiten diskutierte, die nach einem Scheitern der EVG in Betracht gezogen werden könnten.<sup>36</sup> Aus diesem Grund hatte es Adenauer nicht für nötig gehalten, der Forderung Bidaults nach der Lösung der Saarfrage als Vorbedingung für die französische Ratifizierung der EVG nachzugeben. Auch Schuman war gegen eine Verbindung der beiden Themenkomplexe EVG und Saarfrage. Schon Jahre vorher hatte er immer wieder versucht, die europäische Einigung und das deutsch-französische Verhältnis durch das Saarproblem nicht zu belasten, wobei ihn führende Mitglieder seiner Partei unterstützten.<sup>37</sup> In Frankreich allerdings stand Schuman meist unter dem Druck der in der Saarfrage nationalistisch eingestellten Öffentlichkeit, was sich in Konflikten mit Adenauer niederschlug. Auch der Bundeskanzler wurde, als er der französischen Regierung die Europäisierung des Saargebiets zugestanden hatte, in der eigenen Partei heftig kritisiert (Kaiser, Zimmer, Altmeier). Die Lösung des Saarpblems im Jahr 1955 räumte ein großes Hindernis in der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus dem Weg. Dieser Wendepunkt fällt in die erste Phase der sogenannten »*relance européenne*«, die in der Forschung auf den Zeitraum vom 30. August 1954 (Scheitern der EVG) bis zum 25. März 1957 (Unterzeichnung der Römischen Verträge) datiert wird.<sup>38</sup> In der Zeit zwischen Sommer 1954 und Frühjahr 1955 waren die Beziehungen zwischen MRP und CDU auf einem Tiefpunkt angelangt.

Als das französische Parlament den EVG-Vertrag nicht ratifizierte, wuchs in großen Teilen der deutschen öffentlichen Meinung ein Mißtrauen gegenüber Frankreich als Verhandlungspartner. Adenauer gab zwar zu, daß auch die Bundesrepublik für das Scheitern verantwortlich war, weil sie selbst mit der Ratifizierung so lange gezögert hatte, sprach aber auch von einer

---

besser, als es die EVG gewesen ist« (zit. in BUCHSTAB, *Bundesvorstandsprotokolle 1953-1957*, zit. Anm. 9, p. 256).

35 Wilhelm GREWE, *Rückblenden 1976-1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Frankfurt/M. 1979, p. 194.

36 NEI-Tagung in Genf vom 3.5.1954 (ACDP VII-004-207/1).

37 In einem Treffen des Genfer Kreises vom 30.11.1949 machte die MRP-Delegation darauf aufmerksam, daß die Saarfrage letztlich in einem geeinten Europa gelöst und eine freie Entscheidung der Saarländer anerkannt werden müsse (Bericht von Brentano vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ACDP VIII-001-1006/2).

38 Vgl. die Beiträge von Jean-Baptiste DUROSELLE und Pierre GERBET in Enrico SERRA (Hg.), *La Relance Européenne et les Traités de Rome*, Brüssel 1989, pp. 61-93.

»gewissen Lethargie des MRP in der Nationalversammlung«<sup>39</sup>. Die CDU war enttäuscht, als der größte Teil der MRP-Fraktion Monate später, am 30. Dezember 1954, die Pariser Verträge in der Nationalversammlung ablehnte.<sup>40</sup> Trotz des integrationsfeindlichen Klimas in Frankreich gehörte der MRP dennoch zu den wenigen Kräften im Lande, die eine Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik forderten. Das politische Interesse der französischen Parteien konzentrierte sich in dieser Zeit auf innenpolitische Reformen und auf die Überseepolitik. Nach dem Sturz von Mendès-France im Februar 1955 machte der MRP die Unterstützung der neuen Regierung Faure von der Fortsetzung des europäischen Integrationskurses abhängig.

Die *relance européenne* leitete erst ab März 1955 eine konstruktive Phase deutsch-französischer Zusammenarbeit ein. MRP und CDU waren sich darin einig, daß die europäische Idee nur dann einen Aufschwung nehmen könnte, wenn die Befugnisse des Parlaments der Montanunion und des Europarats erweitert würden und somit echte parlamentarische Institutionen den Weg für eine zunächst wirtschaftliche Integration freimachten.<sup>41</sup> Das Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 erweiterte den Handlungsspielraum der Bonner Außenpolitik erheblich und aktivierte die deutsche Europapolitik.

Die Initiative zur Gründung von EWG und Euratom, die von den Beneluxstaaten ausging, wurde vom MRP und von der CDU begrüßt. Der Gemeinsame Markt sollte durch die Politische Gemeinschaft ergänzt werden. In dieser Frage gab es in der Bundesregierung Kontroversen und Kompetenzschwierigkeiten zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt.<sup>42</sup> Die Gruppe um Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard befürchtete, daß mit der Zollunion eine protektionistische Handelszone geschaffen würde, die eine Ausweitung des globalen Welthandels behinderte. Dagegen verfolgte das Auswärtige Amt unter der Leitung des neuen Außenministers Heinrich von Brentano den Kurs der Gesamtintegration, der auch von Adenauer unterstützt wurde. Gegenüber seinem Kabinett bestand der Kanzler auf der Durchsetzung seiner Politik und verwies dabei auf seine Richtlinienkompetenz. Nach außen hin bemühte er sich um eine Gleichgewichtspolitik zwischen den in der Bundesrepublik widerstrebenden Kräften der »Freihändler«, die Großbritannien in die europäische Gemeinschaft integrieren wollten, und den »Föderalisten«, für die das supranationale

39 Adenauer in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.10.1954 (BUCHSTAB, *Bundesvorstandsprotokolle 1953-1957*, zit. Anm. 9), p. 249.

40 BLANKENHORN (*Verständnis*, zit. Anm. 28), p. 203.

41 Otto Lenz und Franz Josef Strauß auf dem NEI-Jahreskongreß 1955 in Salzburg (ACDP VII-004-207/2).

42 Daniel KOERFER, »Zankapfel Europapolitik. Der Kompetenzstreit zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium 1957/58«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 29 (1988), pp. 553-568. – Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, p. 222.

Konzept an erster Stelle stand. Für Adenauer selbst war die EWG nicht in erster Linie eine Wirtschafts-, sondern eine politische Kombination, eine Vorstufe, zu einem integrierten Europa zu kommen.<sup>43</sup> Auf wenig Verständnis bei der CDU stießen im MRP angestellte Überlegungen einer Assoziierung der überseeischen Gebiete Frankreichs an die Europäische Gemeinschaft (»Eurafrique«), die von den Partnerstaaten finanziell unterstützt und diesen dafür neue Absatzmärkte eröffnen sollten.

##### 5. Veränderte Bedingungen durch de Gaulle nach 1958

Der Amtsantritt de Gaulles bestätigte im MRP und in der CDU zunächst nicht die Befürchtungen, daß damit das Ende der europäischen Integration eingeleitet worden sei. Der neue Regierungschef hielt zur Überraschung aller an den geschaffenen europäischen Institutionen wie der Montanunion und der EWG fest. Auf Adenauer hatte de Gaulle in den persönlichen Treffen des Jahres 1958 einen starken Eindruck hinterlassen, der beim Bundeskanzler zu einer völlig neuen Einschätzung des Generals führte, was dessen Deutschland- und Europapolitik betraf. Einig waren sich beide vor allem in den Zielen, die deutsch-französische Freundschaft zu vertiefen und die sowjetische Gefahr abzuwehren. Eine Beseitigung der innenpolitischen Schwäche Frankreichs war für Adenauer gleichbedeutend mit einer Stärkung Europas.<sup>44</sup> Die entschlossene und klar definierte Politik de Gaulles stand für Adenauer, aber sicherlich nicht nur für ihn, in einem Kontrast zur »schon seit Jahren unentschiedenen Haltung des MRP«<sup>45</sup>.

Erst de Gaulles Politik gegen die NATO ab 1959 und seine Kritik am Eingriff der europäischen Behörden in nationale Hoheitsrechte, dem Ausgangspunkt seiner Konzeption des »Europas der Vaterländer«, bereiteten Adenauer Sorgen<sup>46</sup> und führten zu scharfer Kritik in den Reihen der CDU und des MRP. In beiden Parteien war man sich sicher, daß ein Ausscheiden aus der Atlantischen Gemeinschaft einen Konflikt mit den USA und eine politische Isolierung nach sich ziehen sowie in militärischer Hinsicht zu einer gefährlichen Situation führen würde, woran auch eine eigene französische Atomstreitmacht nichts änderte. Eine Assoziierung der europäischen Regierungen, wie de Gaulle sie plante, wurde kritisiert als Rückschritt von der Konzeption der Supranationalität und als Ende der europäischen Integration, wie sie von Robert Schuman eingeleitet worden war. Der Rücktritt

---

43 Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 16.9.1959 (ACDP VII-001-008/2).

44 CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.7.1958 (ACDP VII-001-007/3).

45 CDU-Bundesvorstandssitzung vom 28.11.1958 (ACDP VII-001-021/4).

46 CDU-Bundesvorstandssitzung vom 22.9.1960 (ACDP VII-001-009/6).

der fünf MRP-Minister aus der französischen Regierung 1962 war eine zwangsläufige Folge dieser Kritik. Als de Gaulle in einer Pressekonferenz am 14. Januar 1963 den britischen EWG-Beitritt abrupt ablehnte, stürzte er die europäischen Einigungsbemühungen in eine tiefe Krise. Eine wichtige Voraussetzung für seine Politik war die sich abzeichnende Entspannung im Kalten Krieg, der Frankreich bis dahin auf den Status einer von den USA abhängigen Macht gedrückt hatte. Nun sah er die Rolle der »Grande Nation« aufgewertet und das Ziel eines »Europa der Vaterländer« aufgewertet.<sup>47</sup>

Die Tatsache, daß de Gaulle mit seinem Plan eines westeuropäischen Staatenverbundes unter Führung Frankreichs mit dem Ziel, die amerikanische Hegemonie in Europa abzubauen, in einen Konflikt mit den USA geriet, änderte die Voraussetzungen für die Frankreich- und Europapolitik der Bundesregierung, die sich bis 1958 angesichts der politischen Schwäche Frankreichs an die USA wenden konnte. Adenauer versuchte, die divergierenden Interessen zwischen de Gaulle und den USA (Kennedy) auszugleichen. Er unterstützte de Gaulle, um ein europäisches Gegengewicht gegen die USA zu bilden, war sich aber auf der anderen Seite im klaren, daß die Bundesrepublik gerade jetzt angesichts des sich zuspitzenden Konfliktes um Berlin auf den amerikanischen Schutz angewiesen war.<sup>48</sup>

Das gaullistische, auch von Adenauer vertretene Konzept, ein europäisches Gegengewicht gegen die USA zu bilden, wurde von den »Atlantikern« in der CDU, insbesondere von dem seit 1962 amtierenden Bundesaußenminister Gerhard Schröder, abgelehnt. Der MRP wollte zwar auch einer amerikanischen Hegemonie entgegenwirken, jedoch im Unterschied zu de Gaulle mit dem Konzept eines supranational politisch geeinten Europa. Damit ist nur die innere Zerrissenheit von MRP und CDU in bezug auf die Außen- und Europapolitik angedeutet. Es wäre zu einfach, zwischen »Gaullisten«, »Atlantikern« oder »Föderalisten« zu unterscheiden. Einig war man sich in der Ablehnung der europa- und verteidigungspolitischen Vorstellungen de Gaulles nach 1960, im Festhalten an der NATO, im Willen zur weiteren deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit. Diejenigen, die mit der politischen Einigung Europas ein neues Machtzentrum angesichts der amerikanischen Hegemonie in Europa erstrebten, sahen sich in der Schußlinie der Kritik derer, die jedem Konflikt mit den USA aus dem Weg gehen wollten. Franzosen wie Deutsche kritisierten, daß de Gaulle der Bundesrepublik die Optionsmöglichkeit zwischen Frankreich und den USA aufgedrängt und sie damit in einen Konflikt gestürzt hatte.<sup>49</sup> Auch

47 Klaus HILDEBRAND in Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969 (Rhöndorfer Gespräche 7)*, Bonn 1985, p. 62.

48 SCHWARZ (»Adenauer und Europa«, zit. Anm. 1), p. 486.

49 Jean Seitlinger auf dem Weltkongreß der Christlichen Demokraten 1963 in Straßburg (ACDP VII-004-213/1). – Rolf LAHR in: *Adenauer und Frankreich* (zit. Anm. 47), p. 41.

im Hinblick auf Großbritannien warnten CDU-Politiker davor, in Europa allein auf Frankreich zu setzen und die deutsch-französische Freundschaft offiziell allzusehr zu betonen. Trotzdem war sich die Mehrheit der deutschen Christdemokraten darüber im klaren, daß der Weg nach Europa über Paris führen mußte und die bloße Ablehnung der Politik de Gaulles, auf den es einzuwirken galt, nichts einbringen konnte.<sup>50</sup>

Die Einigung Europas nach der Konzeption der fünfziger Jahre schien nach dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrags von 1963 aufgegeben worden zu sein. Dieser »Zweier-Bund« wurde von den Partnerstaaten der Sechsergemeinschaft, von Großbritannien und den USA als Distanzierung empfunden. MRP und CDU konnten dennoch nicht dagegen stimmen, was bedeutet hätte, daß sie gegen die endgültige Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gewesen wären. Innerhalb der CDU wurde darauf hingewiesen, daß zwischen beiden Ländern noch fundamentale politische Differenzen bestünden und daß die Aufgabe einer autonomen deutschen Politik angesichts der Sonderstellung der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt unverantwortlich sei.<sup>51</sup>

Trotz weiter bestehender Gemeinsamkeiten zwischen CDU und MRP in den europapolitischen Zielsetzungen (u.a. Forderung nach Stärkung der europäischen Institutionen) lösten sich die direkten Kontakte von Beginn der sechziger Jahre an allmählich auf. Ein wesentlicher Grund dafür war, daß der MRP, besonders nach seinem Ausscheiden aus der Regierung 1962, in Frankreich ständig an politischem Gewicht verlor, bis die Partei sich 1967 schließlich selbst auflöste. Die CDU dagegen stand als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik weiter in der Regierungsverantwortung und konzentrierte sich in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Adenauers in den Beziehungen zu Frankreich auf de Gaulle und nicht auf den MRP. In der Regierungszeit Erhards und unter Außenminister Schröder wurden dann die Kräfte in Deutschland gestärkt, für die eine enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten wichtiger war als die zu Frankreich. Adenauer selbst glaubte immer weniger an den militärischen Schutz der USA, die sich seiner Meinung nach zu stark auf Vietnam und auf die Entspannung mit der Sowjetunion konzentrierten. Wie Strauß sah er in einer deutsch-französischen Union den Kern eines sich entwickelnden Europas.<sup>52</sup> Tatsächlich hatte die Schwäche der amerikanischen Außenpolitik 1964/65, insbesondere hervorgerufen durch die Lockerung der NATO mit dem Ziel einer Entspannung zwischen der USA und der Sowjetunion, das Verhältnis zwischen Bonn und

---

50 H. von Brentano an F.C. von Oppenheim vom 1.10.1964 (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/37).

51 Kurt Birrenbach an von Brentano vom 16.7.1964 (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/166).

52 HILDEBRAND (*Adenauer und Frankreich*, zit. Anm. 47), p. 66.

Washington verschlechtert. Als mögliche Antwort blieb der Bundesregierung eine engere Beziehung zu Frankreich und die Beschleunigung der europäischen Einigung, wobei beides jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden war.

Als die CDU zu Anfang des Jahres 1963 Kontakte zur gaullistischen Union pour la Nouvelle République (UNR) knüpfte, riskierte sie den Bruch ihrer Beziehungen zum MRP. Verbittert schrieb, als er aus der Pariser Presse von diesen Kontakten erfuhr, Henri Meck an Johannes Even: »Mir ging ein Stich durchs Herz. Ich werde keine Reden mehr auf CDU-Veranstaltungen halten, wie ich es früher (gemeint ist u.a. das Grußwort auf dem CDU-Bundesparteitag in Köln 1954) getan habe«. Und Henri Ulrich fragte in einem Brief an Roland Gerstner (Rastatt): »Genügt es nun, Mehrheitspartei zu sein, um Anschluß an die CDU zu finden? Die UNR ist der politische Hauptgegner des MRP!«<sup>53</sup> Ihre Verbindung zur französischen Schwesterpartei glaubte die CDU pflegen zu können, indem sie weiterhin Vertreter zu den MRP-Parteitag schickte.<sup>54</sup>

Ein europapolitisches Zusammenwirken zwischen MRP und CDU, wie zu Zeiten Robert Schumans, gab es nicht mehr. Der MRP hatte seine politische Bedeutung verloren, und die CDU war in ihrer Europapolitik tief gespalten und unentschlossen.<sup>55</sup> Die Verwirklichung einer europäischen Politischen Union lag in weiter Ferne, und es konnte für die Mehrheit der Europapolitiker jetzt lediglich nur darum gehen, die bestehenden europäischen Institutionen – insbesondere die EWG – zu erhalten und auszubauen.

---

<sup>53</sup> Meck an Even vom 28.2.1963 und Ulrich an Gerstner vom 23.2.1963 (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/12).

<sup>54</sup> Adenauer an Josef Hermann Dufhues vom 21.4.1964 (ACDP VII-004-215/2).

<sup>55</sup> So schrieb von Brentano an Birrenbach am 29.4.1964: »Die Europapolitik des AA ist eine glatte Sabotage am europäischen Gedanken« (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/166).